

P.B. Nr. 11

DA/MA



Budapest, den 7. November 1990

### Ungarn in der Krise

Spätestens seit dem durch Benzinpreiserhöhungen ausgelösten Taxistreik, welcher durch Strassenblockaden den grössten Teil des Strassenverkehrs lahmlegte und mit einem Nachgeben der Regierung endete, wird den Ungaren bewusst, dass die Wirtschaftsreformen schwere Eingriffe in die Lebensgewohnheiten mit sich bringen und weitaus schwieriger sein werden als die Einführung der Demokratie.

Die Regierung Antall ihrerseits musste zur Kenntnis nehmen, dass angesichts des sich verschlechternden Lebensstandards, der steigenden Inflation (für 1991 auf 40 - 50 % geschätzt) und Arbeitslosigkeit (1991 werden 10 % erwartet), sowie der drohenden wirtschaftlichen Stagnation, ihre Popularität am Schwinden ist.

Den deutlichsten Hinweis lieferten die Ereignisse der Lokalwahlen im Oktober, bei denen sowohl die Regierungskoalition wie auch die strukturierte Opposition schlecht abschnitten und eine grosse Zahl von Unabhängigen das Rennen machte. Diese Parteilosen, zum grossen Teil ehemalige KP-Mitglieder, haben die Gunst der Wähler wohl nur deshalb gefunden, weil keine der Parteien eine sichere Lösung für eine baldige Hebung des Lebensstandards anpreisen konnte; so griff man auf ehemalige Gemeinde- und Stadträte zurück, unter denen es den Leuten seinerzeit besser ging als heute.

Gespräche mit Verantwortlichen in der Regierung zeigen auch sehr rasch, dass die neuen, auf rasche Reform drängenden Minister, die erst fünf Monate im Amt sind, einen passiven Widerstand bei den mittleren, aus dem früheren Regime übernommenen Kadern spüren. Diese fürchten für ihre Zukunft und versuchen, Zeit zu gewinnen.

In ihrem Bestreben, die Reformen rasch voranzutreiben, sieht sich die Regierung häufig gezwungen, der zweitbesten, dafür rascher zu einem sichtbaren Erfolg führenden Lösung den Vorzug zu geben (Beispiel: Privatisierung durch Angebot ganzer Betriebe - Warenhauskette Central, Reisebüro Ibusz, Hungarhotels, etc. - ohne vorgängig diese Kolosse durch Entlassungen getrimmt und womöglich in einzelne, gewinnversprechende Einheiten aufgeteilt zu haben). Die getroffenen Lösungen hängen oft in der Luft, indem die rechtlichen Grundlagen noch nicht bestehen.

Die Stimmen häufen sich, welche die demokratische Staatsform durch ein neues autokratisches Regime ersetzt sehen möchten, immer betonend, dass es sich um eine Uebergangsperiode handeln würde und selbst Reprivatisierung einer staatlichen Planung bedürfe, da sonst die nationalen Interessen nicht gewahrt blieben (Ausverkauf der Heimat).



- 2 -

Angesichts der zahlreichen Schwierigkeiten auf wirtschaftlichem Gebiet ist damit zu rechnen, dass die Regierung Antall nicht von Dauer sein wird. Sie ist im Innern gespalten, die Kleinlandwirte streben andere Ziele an als das Demokratische Forum und die Christdemokraten.

Dabei sieht die Regierungsbilanz nach fünf Monaten, vergleicht man sie mit den Erfolgen einer normalen Regierung in Westeuropa, gar nicht schlecht aus; das Erreichte darf sich sehen lassen. Ein Ueberblick zeigt jedoch deutlich, dass die eigentlichen Strukturreformen noch nicht angepackt wurden und die Erfolge eher auf der aussen- als auf der innenpolitischen Ebene liegen (was auch die grössere Popularität von Ministerpräsident Antall im Ausland als im Inland erklärt).

**Aussenpolitik:** Neuorientierung nach Westen, vor allem EG und EFTA und Austrittsabsicht aus dem Warschauer Pakt, Auswechslung an den wichtigsten Botschafterposten, Beitritt zum Europarat, Gründungsmitglied der Pentagone, Befürwortung einer Politik des Minderheitenschutzes, intensive Reisediplomatie.

**Innenpolitik:** Ersetzen eines Drittels der Beamten des Innenministeriums, neue Regierungsgarnitur (von 132 Ministern und Staatssekretären haben lediglich 38 den Regimewechsel überdauert), Reorganisation und Neuorientierung der Streitkräfte (von offensiv zu defensiv mit Rundumverteidigung).

Die führende Koalitionspartei, das Ungarische Demokratische Forum (MDF) hatte sich zum Ziel gesetzt, zu Beginn der Regierungsverantwortung die Grundlagen für einen friedlichen Uebergangsprozess zu legen; dies ist somit gelungen. Dennoch lässt die in der Staatsverwaltung feststellbare Trägheit ein ungutes Gefühl aufkommen: wird wohl genügend Zeit zur Verfügung stehen, um die Reformen, die nach Ansicht vieler Fachleute eine Generation benötigen, erfolgreich zu Ende zu führen, ohne dass vorher beim Volk der Geduldsfaden reisst und Gewalt die Oberhand gewinnt? Noch ist wirtschaftlich die Talsohle nicht erreicht, noch sind vorerst nur Jugendliche (Studenten) und Rentner, sowie die rund 40'000 Arbeitslosen die Opfer, doch was geschieht, wenn das Heer der Arbeitslosen auf geschätzte 400'000 anschwillt, die Inflation die Ersparnisse aufzehrt und der Mittelstand verarmt?

Bereits bei den wirtschaftlich notwendigen Benzinpreiserhöhungen musste die Regierung Antall erstaunt feststellen, dass die Sympathie des Mannes von der Strasse den Streikenden galt. Wie reagiert dieser, wenn er den Gürtel enger schnellen muss und die Zukunftsaussichten noch lange Zeit nicht rosig erscheinen? Die Demokratie steht noch auf schwachen Füßen, die Stimmbeteiligung von knapp 35 % bei den Lokalwahlen spricht eine deutliche Sprache.

Der Regierung Antall fehlt es an Regierungserfahrung, zum Teil - wie auch der Opposition - am Demokratieverständnis. Die Methoden des früheren Parteistaates werden weitergeführt, indem zuwenig informiert und konsultiert wird, Kritik als demokratiegefährdend betrachtet wird. Die Opposition ihrerseits glaubte, aus dem kürz-



- 3 -

lichen Kräfterennen zwischen dem Transportwesen und der Regierung politisches Kapital schlagen zu können; sie solidarisierte sich mit dem Begehren der Streikenden. Obwohl sie die absolute Notwendigkeit der Anhebung der Treibstoffpreise auf das Weltmarktniveau einsah, forderte sie den Rücktritt der Regierung.

Diese verfügt über kein eigenes Presseorgan, was die objektive Information des Publikums auch nicht gerade erleichtert. Einzelne MDF-Exponenten drohen mit Finanzentzug, falls die von Opposition und Parteilosen beherrschten neugewählten lokalen Gremien der Zentralregierung Schwierigkeiten machen sollten. Dies zeigt deutlich, wie gross der Nachholbedarf an Demokratieverständnis noch ist.

Auch der Aufruf der Regierung an ihre Parteigänger, während den Blockaden zu Gegendemonstrationen auf die Strasse zu gehen, erweckte nicht den Eindruck, die Regierung fühle sich sicher.

Sowohl Regierung wie Opposition versicherten nach der Krise, sie würden die Lehren daraus ziehen: in Zukunft sollen die Opposition und die Interessenverbände vor der Einführung drastischer Massnahmen informiert und konsultiert werden, die Opposition ihrerseits scheint bereit, bei unvermeidlichen Massnahmen auf politische Ausmünzung verzichten zu wollen; es hat eine Art Katharsis stattgefunden.

Es sei versucht, nach drei Monaten Aufenthalt in Ungarn eine Prognose zu wagen: die Irreversibilität des Reformprozesses scheint gegeben; ein rascher Erfolg wird nicht eintreten, was zu sehr grossen sozialen Spannungen führen wird, die ohne ausländische Hilfe zum gesellschaftlich-wirtschaftlichen Zusammenbruch führen könnten, beginnend mit starker Arbeitslosigkeit und Stagflation.

Die Haltung der Sowjetunion ist angesichts der übergrossen Energieabhängigkeit (80 Prozent) beinahe ausschlaggebend. Ungarn muss auch seine Chance einer Brückenfunktion zum Osten nutzen; die guten Sprachkenntnisse und Kenntnis der Mentalität gerade des abspaltungswilligen ukrainischen Nachbarn dürfen trotz Antipathien gegenüber dem alten Unterdrücker nicht brachliegen.

Die Umstellung und Anpassung an die westliche Marktwirtschaft, das Erreichen eines neuen gesellschaftlichen Konsens, wird eine Generation dauern.

Ein Regierungswechsel, selbst eine Aenderung der Koalition sind wahrscheinlich; es bleibt jedoch unumgänglich, die Probleme gemeinsam mit der jeweiligen Opposition zu lösen.

Der Schweizerische Botschafter:



M. Dahinden